

KfW plant neue Beteiligungsgesellschaft, um Start-ups zu fördern

[Düsseldorf, 22. Juni 2017] Um Start-ups besser fördern zu können, plant die Bundesregierung eine Beteiligungsgesellschaft zu gründen. Ab Anfang 2018 soll diese als Tochtergesellschaft KfW eine „dauerhafte, organisatorisch eigenständige Struktur für die Beteiligungsfinanzierung“ etablieren.

Die neue Beteiligungsgesellschaft wird sich auf Eigenkapital und Investitionen in Venture Capital-Fonds und Venture Debt-Fonds spezialisieren, da hier eine jährliche Finanzierungslücke von 500 bis 600 Mio. € besteht.

Das als Finanzunternehmen eingestufte Institut wird durch die Risikosteuerung der KfW und einen eigenen Aufsichtsrat überwacht, der mit jeweils einem Abgesandten von Finanz- und Wirtschaftsministerium, zwei Branchenvertretern und zwei KfW-Repräsentanten besetzt werden soll. Beteiligungen ab 12,5 Mio. € müssen die Aufseher genehmigen.

Die KfW plant darüber hinaus bis 2020 eine Verdoppelung ihrer jährlichen Zusagen von Wagniskapital auf 200 Mio. €. Die Einführung weiterer Finanzierungsinstrumente soll jährlich geprüft werden. Dazu gehören Investitionen in Fonds von privaten Investoren, die Börsengänge von Start-ups fördern.

Der operative Start wird erst für Mitte 2018 erwartet, da die neue Beteiligungsgesellschaft noch vom Verwaltungsrat der KfW genehmigt werden muss und rechtliche Fragen zu klären sind.

Quelle: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bundesregierung-plant-beteiligungsgesellschaft-fuer-start-ups-a-1151676.html>

Kontakt:

Hans-Peter Mantsch, Telefon: +49 211 8221-4188, E-Mail: hans-peter.mantsch@ikb.de

Die IKB Deutsche Industriebank AG begleitet mittelständische Unternehmen mit Krediten, Risikomanagement, Kapitalmarkt- und Beratungsdienstleistungen.